Beilage zur »Arbeiterpolitik« Nr. 4, 30. 10. 1988

Zur Diskussion über...

Wir veröffentlichen hiermit zwei Kritiken auf den Artikel »Islam contra Imperialismus« in der »Arbeiterpolitik« Nr. 1/1988.

Wir sind der Auffassung, daß beide Kritiken in keiner Weise zum Verständnis der iranischen Revolution beitragen. In dem Artikel in der Nr. 1/88 wurde darauf hingewiesen, daß Klassenauseinandersetzungen im Iran stattfinden, deren Ausgang offen ist, die aber für die iranischen Massen auf der Grundlage der bisherigen Errungenschaften die Möglichkeit bieten, *»imperialistisch-kapitalistische Verhältnisse und Restaurationsbestrebungen zu überwinden«.*

Die Auseinandersetzungen haben sich seit Anfang des Jahres zugespitzt. Wir halten es für notwendig, die weitere Entwicklung der iranischen Revolution im Konkreten zu verfolgen. Die Kritiken beschränken sich auf die Benennung vorgeblicher Lücken in dem Artikel der Redaktion, tragen aber selbst nicht zur Erhellung der Dinge bei. Deshalb verzichtet die Redaktion auf eine Stellungnahme zu diesen Kritiken. Wir werden stattdessen in der nächsten Zeit einen Artikel veröffentlichen, der auf die aktuelle Entwicklung im Iran nach dem Beginn des Waffenstillstandes und auf die internationale Lage eingeht, ohne deren Betrachtung ein Verständnis der jetzigen Situation nicht möglich ist.

Die Redaktion 27.9.1988 ■

Dokumentation des Artikels aus Arbeiterpolitik 1/88

Iran im Golfkrieg

Islam kontra Imperialismus

Es kann für uns nicht um Pro oder Contra religiöser oder ideologischer Vorstellungen gehen, die in den Auseinandersetzungen im Nahen Osten eine Rolle spielen. Vielmehr kommt es darauf an, hinter den ideologischen und religiösen Gegensätzen die wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen zu erkennen. »Die Religion, einmal gebildet, enthält stets einen überlieferten Stoff, wie denn auf allen Gebieten die Tradition eine große konservative Macht ist, aber die Veränderungen, die mit diesem Stoff vorgehen, entspringen aus den Klassenverhältnissen, also aus den ökonomischen Verhältnissen der Menschen, die diese Veränderungen vornehmen.« (Friedrich Engels, »Ludwig Feuerbach...«, MEW 21, 304)

Der Krieg Irak-Iran hat ebenso wie die Auseinandersetzung zwischen der Besatzungsmacht Israel und den gegen die Besatzungsmacht kämpfenden Palästinensern Auswirkungen auf die gesamte islamische und arabische Welt und darüber hinaus auf die Weltpolitik.

Wir können hier nicht die einzelnen Ereignisse, wie sie durch die Presse bekannt wurden, noch einmal berichten, wir setzen voraus, daß unsere Leser die aktuelle Berichterstattung verfolgen. Wir wollen versuchen, zunächst die politischen Zusammenhänge in bezug auf den Krieg am persischen Golf darzustellen und zu erklären. In einem weiteren Artikel (nächste Ausgabe) wird zu den Kämpfen der palästinensischen Bevölkerung gegen die israelische Besatzung Stellung genommen. *Ende Januar 88.*

Im antikolonialistischen und antiimperialistischen Kampf der Völker des Nahen Ostens spielte der Islam als ideologischer Überbau immer eine wesentliche Rolle. Er faßte die Interessen aller Klassen und politischen Strömungen zusammen, die sich gegen die fremden Herren und ihre einheimischen Marionetten erhoben. Was sich im Iran seit 1979 abspielt, ist tatsächlich nichts vollkommen Neues Alle Unabhängigkeitsbewegungen in der arabischen Welt waren verbunden mit einer Phase der Islamisierung, um die nationale Identität gegen den Einfluß des Imperialismus zu stärken. Der prunkvolle, aufwendige und verwestlichte Lebensstil der herrschenden Kompradorenbourgeoisie, deren Macht es zu brechen galt, wurde zum Inbegriff imperialistischer Unterjochung und Ausbeutung. Träger des Befreiungskampfes waren oft unzufriedene Teile des Militärs, so in Ägypten, Syrien, im Irak und später in Libyen.

Die iranische Revolution gegen den Imperialismus

Khomeini ist Repräsentant der iranisch-islamischen Geschichte. Seine kompromißlose Haltung gegenüber dem Schah-Regime verschaffte ihm bei den Massen des iranischen Volkes das Ansehen und die Autorität, die nötig sind, um die Interessen der verschiedenen Klassen und gesellschaftlichen Strömungen gegen die Diktatur zusammenzufassen und zusammenzuhalten. Ohne die Einbeziehung aller Kräfte, die zur Diktatur des Schah in Widerspruch geraten waren, wäre ein Erfolg des Aufstandes nicht möglich gewesen. Neu ist im Iran, daß die religiösen Führer mit der Revolution zunächst auch zu Trägern der politischen Macht, die auf das Schah-Regime folgte, wurden. Das hat zwei Ursachen:

1. Mit seiner brutalen Unterdrückung und Verfolgung jeglicher politischen Opposition, insbesondere der Kommunisten, hatte das alte Regime selbst dazu beigetragen, daß sich Kritik und Widerstand unter dem Schutz der Geistlichkeit sammeln mußten.

2. Die bisherigen Träger des Widerstandes gegen den Imperialismus im Nahen Osten, die von den Ideen Nassers vom panarabischen Nationalismus und islamischen Sozialismus geprägten politischen Parteien, hatten in den Augen der Volksmassen versagt. Weder gelang es ihnen, wo sie zur Macht gelangten, die sozialen Verhältnisse im Interesse der armen Bevölkerungsmehrheit zu verbessern, noch kamen sie ihrem Ziel, der arabischen Einheit (und der Befreiung Palästinas) näher. Während sich die Regierungen, z. B. in Ägypten und im Irak, dem imperialistischen Lager wieder annäherten und sich in deren Interessen einbinden ließen, wuchs der Einfluß der religiösen Opposition unter den Volksmassen.

Die Radikalität, mit der im Iran die Islamisierung vorangetrieben wird, entspricht der Tiefe und Schärfe der gesellschaftlichen Widersprüche und sozialen Spannungen, die in der Zukunft gelöst werden müssen.

Der Iran galt über zwei Jahrzehnte als der zuverlässigste und stabilste Partner der USA im Nahen Osten — neben Israel. Seine Armee, von US-Beratern ausgebildet und hochmodern ausgerüstet, war ein Eckpfeiler für die imperialistische Herrschaft in der Region, an ihrer Zuverlässigkeit hatten die Herrschenden keine Zweifel.

Der Versuch, durch einen Putsch des Militärs einem Sturz des Schah durch die »Straße« zuvorzukommen, scheiterte an der politischen Desorientierung und Unentschlossenheit im Offizierskorps und an der beginnenden Zersetzung der Armee in den unteren Rängen. Die Wucht der revolutionären Erhebung war so groß, daß die Etablierung verschiedener westlich-orientierter Regierungen nur ein kurzes Zwischenspiel blieb. Es gelang dem Imperialismus zunächst nicht, nach dem Sturz des Schah wenigstens die Stützen seiner Herrschaft, Armee und Geheimdienst, unversehrt zu erhalten.

Die iranische Bourgeoisie — abwarten und hoffen auf bessere Zeiten

Die Regierung in Teheran hat für iranische Verhältnisse umfangreiche soziale Reformprogramme in Angriff genommen, die den ärmsten Bevölkerungsschichten in den Slums der Großstädte und auf dem Land zugute kommen. Die nationale Bourgeoisie versucht sich zu organisieren, sie verfügt über kein zuverlässiges Instrument mehr, um ihre Interessen und ihre gesellschaftliche Stellung, wenn notwendig, erfolgreich verteidigen zu können. Ihre Situation ist geprägt von Unsicherheit und Angst vor dem, was im Verlauf der weiteren Entwicklung auf sie zukommt.

Die mit dem Sturz des Schah-Regimes politisch entmachteten Gesellschaftskreise und -cliquen waren nur mit Hilfe des (vor allem amerikanischen) Imperialismus lebensfähig. Daher ist es verständlich, daß die Regierung der USA seit dem Sturz seiner iranischen Marionetten alles getan hat und tut, um den revolutionären Prozeß aufzuhalten und wenn möglich zurückzudrehen. Ihre Hoffnung setzt sie auf die noch unversehrten Teile der alten herrschenden Klassen im Militär, im Bürgertum, in der Geistlichkeit. Jedoch war bereits die bisherige soziale Umwälzung von solcher Gewalt, daß alle, die im Lande verblieben waren, gezwungen sind, sich ein antiimperialistisches nationales Mäntelchen umzuhängen, in der Hoffnung, daß »bessere Zeiten« für sie kommen, sich die Möglichkeit einer **nationalen** kapitalistischen Entwicklung ergibt. Diese Schichten sind es, auf die das imperialistische Lager setzt und aus deren Sicht ein Bild der inneren Verhältnisse vermittelt wird, das beschränkt bleibt auf deren Wünsche und Vorstellungen. Die Unzufriedenheit, von der in den Medien bei uns aus Teheran berichtet wird, ist die Unzufriedenheit vor allem der iranischen Bourgeoisie, die sich mit dem Westen **klassenmäßig** verbunden fühlt.

Von außen sind diese Auseinandersetzungen und Gegensätze nur schwer erkennbar, sie äußern sich in den fraktionellen Kämpfen in der religiösen Führung und deren widersprüchlichen Äußerungen. So wurde 1986 die parlamentstragende IRP (Islamische revolutionäre Partei) von Khomeini aufgelöst — auf Antrag von Staatspräsident Khameini und Parlamentspräsident Rafsandschani. Die Partei sei für die Revolution nicht länger nützlich — wegen der Polarisierung und Fraktionsbildung.

Das Kapital träumt von einer Rückkehr zu den alten gesellschaftlichen Machtstrukturen. Dies kann aber — wenn überhaupt — nur mit Hilfe des westlichen Auslands möglich werden. Die Kapitalseite organisiert sich entsprechend, sie stützt sich dabei auf Kreise der alten Intelligenz, die Verbindung mit dem westlichen Ausland hat. Die Aktion von Mac Farlane Anfang 1987 zielte auf die Ermunterung und Unterstützung dieser Kreise. Als die Nachricht von dessen Ankunft und Aufenthalt in Teheran durch Boten nach Beirut und dort in die libanesische Presse gelangte, waren alle vorgesehenen Gespräche mit Mac Farlane gescheitert. Die Basis lehnte sich auf gegen das, wovon die restaurativen Kräfte träumten. Mac Farlane mußte unverrichteter Dinge abreisen. Auch die seit Irangate bekannt gewordenen Waffenlieferungen Israels an die iranische Armee, die von der israelischen Regierung als »privates Geschäft von Waffenhändlern« bezeichnet wurden, dienen in Wahrheit der Stärkung der angeschlagenen iranischen Armee. Die Verbindungen Israels zu Iran stammen aus der Zeit des Schahs.

Der Sturz des Schah — Beginn der sozialen Revolution in Iran

Was sich mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran anbahnte, ist der **Beginn** einer Revolution, die die gesamte islamische Welt verändert.

Das Fundament dieser sozialen Revolution im Iran bilden die breiten Massen des iranischen Volkes, die jahrhundertelang unter feudaler, kolonialer und imperialistischer Herrschaft in politischer Rechtlosigkeit, materiellem Elend und geistiger Isolierung dahinlebten. Die Massen trugen und ertrugen das aufwendige und prunkvolle Schah-Regime mitsamt seinen Militärs und seiner herrschenden Klasse. Nachdem sie dieses Joch abgeworfen haben, treten sie in eine neue Periode ihrer Geschichte ein. Sie sind in Bewegung: Es muß dabei auf den Unterschied hingewiesen werden zwischen den Vorläufern des Proletariats, wie sie sich in der Bewegung im Iran zeigen und lumpenproletarischen Schichten im Spätkapitalismus, die (gegen Bezahlung) in den Dienst der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterklasse treten.

Im Westen ist man gewohnt, nur die Erscheinungsformen bzw. die Personen an der Spitze zur Kenntnis zu nehmen, in denen sich die umwälzenden Veränderungen im Fundament der Gesellschaft widerspiegeln —, sie sind aber nicht das Wesentliche. Dies muß im Falle der iranischen Revolution umso mehr bedacht werden, als der Islam in den Metropolen des Kapitalismus eine bisher weitgehend unbekannte Welt war. War es für Westeuropäer schon schwer, die Besonderheiten der russischen Revolution und deren Bedingungen zu verstehen, so erweist es sich als noch schwerer, Verständnis für die iranische Revolution zu erlangen. Für uns ist es notwendig, uns die größtmögliche Klarheit zu verschaffen, um der gegenrevolutionären bürgerlichen Propaganda nicht zum Opfer zu fallen.

Die Medien in der BRD berichten überwiegend von den Grausamkeiten der iranischen Revolution, — als ob es je eine Revolution ohne Grausamkeiten und Blutopfer gegeben hätte. Das gilt sowohl für bürgerliche wie für proletarische Revolutionen. Aber was bedeuten all die Opfer der iranischen Revolution — sowohl die unvermeidlichen wie die, die bei ruhiger Überlegung und nicht im Feuer der Revolution vermeidbar gewesen wären — gegenüber den Abermillionen von Arbeitern und Bauern, die der barbarischen Ausbeutung durch den Imperialismus zum Opfer fielen und noch fallen werden, bis das kapitalistische Joch abgeschüttelt ist. Gerade die herrschenden Klassen Deutschlands haben Meisterleistungen auf dem Gebiet der Perfektion von Mord, Terror und Menschenverachtung vollbracht, um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten.

Aber jede Revolution bringt auch Beispiele von Heroismus, Solidarität und Opferbereitschaft.

»Unheroisch wie die bürgerliche Gesellschaft ist, hatte es jedoch des Heroismus bedurft, der Aufopferung, des Schreckens, des Bürgerkriegs und der Völkerschlachten, um sie auf die Welt zu setzen...«, schrieb Marx über die bürgerliche Revolution (»Der 18. Brumaire . . .« MEW 8, 116)

Einige Bemerkungen zum Irak

Nach der Revolution in Iran ging die irakische Geheimorganisation »Al Daawa« nach Theran. Sie war eine der ältesten und stärksten schiitischen Extremistengruppen im ganzen Nahen Osten (so jedenfalls wird sie im Spiegelbuch »Die Schiiten« gekennzeichnet. S. 159). Besonders stark sind die Schiiten unter den Erdölarbeitern in allen Nah-Ost-Staaten vertreten, deren Oberschicht meistens den Sunniten angehört.

Der Sturz der Monarchie

Soziale Spannungen hatten im Irak 1958 zum Sturz der Monarchie geführt. Aus den Kreisen der damaligen — von den Militärs geführten — Revolte gegen die Monarchie ist nach vielen Auseinandersetzungen das heutige Regime Saddam Husseins hervorgegangen. Die sozialen Spannungen im Irak, die 1958 zur Militärrevolte führten, entsprangen der Tatsache, daß 9/10 des nutzbaren Bodens im Irak 3000 Feudalherren gehörte, die von den Bebauern 5/7 des Ertrages einforderten. Geführt wurde die Militärrevolte gegen die Feudalherren und die probritische Haschemitenmonarchie von bürgerlich-nationalen Offizieren, unterstützt von linken und kommunistischen Kräften. Die Kommunisten waren bis dahin (wie auch in Syrien) illegal oder halblegal. Die Illegalität hatte ihrem Ansehen genutzt. Sie hatten unter den Erdölarbeitern den größten Einfluß. Die Militärs, die gegen die von den Engländern gestützte Monarchie rebellierten, waren auf die Unterstützung der Kommunisten und der SU als Gegengewicht gegen die britische Kolonialmacht und die USA, die sie unterstützten, angewiesen. Aus dieser Zeit stammt das Engagement der SU im Irak.

Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten wurde mit der Konsolidierung der neuen Militärherrschaft und dem wirtschaftlichen Aufschwung aufgrund des Erdölexports überflüssig. Die KP wurde in die Illegalität getrieben und verfolgt. Die Stellung Iraks zum Nasserismus hatte zusätzlich Uneinigkeit in den Reihen der KP geschaffen. Die Moscheen wurden — ähnlich wie im Iran — zum religiösen und politischen Sammelpunkt der ärmeren Bevölkerung. In den letzten Jahren vor dem Ende des Schah-Regimes in Iran lebte Khomeini im irakischen Exil unter der schiitischen Geistlichkeit.

Die irakische Regierung muß in jüngster Zeit die türkische Armee zu Hilfe holen gegen die Kurden im Nordosten. Dort tobt faktisch der Bürgerkrieg, weite Teile des kurdischen Gebietes im Irak sind unter Kontrolle der Kurdischen Demokratischen Partei, die ihrerseits von den Kurden in Iran unterstützt werden. Ein Kongreß irakischer Widerstandsgruppen in Teheran hat zu einem Bündnis **aller** oppositionellen Gruppen im Irak aufgerufen. Mit dem wachsenden Einfluß der Pasdaran hat sich im Iran das Verhältnis zu den irakischen Kurden verbessert. ■

Die Besonderheiten der sozialen Revolution im Einflußgebiet des Islam

»Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf...« (Karl Marx, »Der 18. Brumaire...«, MEW 8, 117)

Über die ökonomischen, sozialen und politischen Zustände, die zum Sturz der Schah-Dynastie führten, sind schon viele richtige Sachen gesagt und geschrieben worden (siehe auch Arpo Nr. 1/79). Was für Unverständnis und Verwirrung bis in die Reihen der Linken sorgt, ist die Tatsache, daß es der sozialistischen Opposition bisher nicht gelungen ist, Einfluß auf die iranischen Volksmassen und die Entwicklun des Landes zu gewinnen. Ist nicht die Religion für jeden aufgeklärten westeuropäischen Bürger und erst recht für Sozialisten und Kommunisten eine längst begrabene Sache? Versucht die Geistlichkeit im Iran vielleicht nicht das Rad der Geschichte zurückzudrehen, treiben sie nicht Hunderttausende an die Front in den Tod, um ihre despotische Herrschaft aufrechterhalten zu können, üben sie nicht die Herrschaft im Interesse der Bazaris, der Kleinbourgeoisie aus und mißbrauchen dazu die Rückständigkeit, das Unwissen und die überholten Traditionen der Volksmassen?

Es ist die alte bürgerliche Geschichtsauffassung, die in solchen Fragestellungen zum Ausdruck kommt: Eine Gruppe von Menschen — Partei, Priestern oder mutigen Männern — machen die Revolution, und die Massen folgen wie eine gedankenlose Herde. Warum geben die »Führer« das Signal nicht früher? Wonach bestimmen sie den Zeitpunkt des Losschlagens oder ihrer Idee, die Menschenherde zu rufen? Und wie ist es zu erklären, daß Massen, einmal in Bewegung gekommen, sich nicht beliebig wieder nach Hause schicken lassen?

Massen kommen auf Grund der für sie untragbar gewordenen Lebensbedingungen in Bewegung. Sie schaffen sich die Führung oder suchen sie bei denen, von denen sie einen Weg zur Befriedigung ihrer notwendigsten Lebensbedürfnisse erwarten. Die erste revolutionäre Klassenbewegung in Deutschland, der deutsche Bauernkrieg im ausgehenden Mittelalter, fand noch unter religiösen Vorstellungen aus dem Christentum statt.

»Das Mittelalter hatte alle übrigen Formen der Ideologie: Philosophie, Politik, Jurisprudenz, an die Theologie annektiert, zu Unterabteilungen der Theologie gemacht. Es zwang damit jede gesellschaftliche und politische Bewegung eine theologische Form anzunehmen; den ausschließlich mit Religion gefütterten Gemütern der Massen mußten ihre eignen Interessen in religiöser Verkleidung vorgeführt werden, um einen großen Sturm zu erzeugen.« (Friedrich Engels, »Ludwig Feuerbach . . .«, MEW 21, 302)

Der Islam, sechs Jahrhunderte später als das Christentum entstanden, wurde zu einem Instrument, die verschiedenen Stämme und Gemeinschaften der arabischen Halbinsel zu einem einheitlichen Staatswesen zusammenzufassen. Das war möglich, weil sich im Islam die Interessen der verschiedenen Klassen und Gemeinschaften, die im heutigen Saudi-Arabien lebten, ausdrücken. Die neue Religion schuf die Grundlage für die Expansion der arabischen, islamischen Reiche über den gesamten Nahen Osten, Nordafrika bis nach Spanien, deren Kriegern das ewige Leben im Jenseitsverheißen wurde, wenn sie in der Schlacht um die heilige Sache fielen.

Zwei Tendenzen im Koran

Wie in allen Religionen finden auch im Islam die Klassenwidersprüche Ausdruck. Die eine Tendenz im Koran ist: Es darf kein Privateigentum (im kapitalistischen Sinn) geben. Gott ist Eigentümer, die Menschen haben nur das vorübergehende Nutzungsrecht. Privateigentum erzeugt Neid, Angst und andere schädliche Eigenschaften. Auch Frauen sind kein Privateigentum. Deshalb heißt es im Islam: Horte nicht Gold und Silber. Was du ißt und trinkst und womit du dich kleidest, ist dein, der Rest gehört der Gesellschaft. Diese Tendenz

im Islam geht auf eine Volksbewegung im 6. Jahrhundert unter Mazdak (der vor Mohammed lebte) zurück. Sie wurde 529 niedergeschlagen, Mazdak fiel,und einige seiner Anhänger kamen nach seinem Tode auf der Flucht in das Gebiet des heutigen Saudi-Arabien, u.a. nach Mekka. Mekka war damals schon ein Handelszentrum.

Die andere Tendenz kommt aus der handelskapitalistischen Gesellschaft der Entstehungszeit des Koran. Daher die Gebote für die Händler: Du sollst nicht Wucher treiben, fälschen, nicht mit dem Gewicht schwindeln. So bildet in den aufbrechenden Klassengegensätzen der Koran die ideologische Grundlage sowohl für das (Handels-)Kapital als auch für soziale Bestrebungen.

Im Islam gibt es im Verlauf seiner gesamten Geschichte eine ständige Auseinandersetzung über die Interpretation des Koran, über Gesetze und Gebote, die in einer islamischen Gesellschaft Geltung haben sollten. Sie drückt die Interessen der verschiedenen Klassen und Stände in der arabischen Gesellschaft aus. Allein in der sunnitischen Glaubensrichtung des Islam finden wir vier verschiedene Rechtsschulen. Hinzu kam die schon frühzeitige Spaltung in Sunniten und Schiiten. Anlaß war der Streit um die rechtmäßige Nachfolge Mohammeds im 7. Jahrhundert.

In diesem Streit sieht die schiitische Geschichtsauffassung die Nachfolge Mohameds und damit die Macht durch Vertreter der Handelsbourgeoisie usurpiert. Die Schiiten stellen im Iran und Pakistan die Mehrheit der Bevölkerung. Im Irak und im Libanon gehören die ärmsten Bevölkerungsschichten der schiitischen Glaubensrichtung an.

Intervention gegen die iranische Revolution

Da alle Versuche der USA,mit Hilfe ihrer iranischen Verbündeten die Entwicklung aufzuhalten fehlschlugen, blieb nur die Möglichkeit, von außen Einfluß auf den Gang der Dinge zu nehmen. Von den USA und ihren Verbündeten in der Region, Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten usw., ermuntert, versuchte die irakische Führung durch einen militärischen Angriff auf die wichtige Ölförderregion im Südwesten des Iran dem revolutionären Regime in Teheran einen tödlichen Schlag zu versetzen. Putschgelüste und Auflösungserscheinungen in der iranischen Armee — viele hochgestellte Offiziere hatten sich in den Irak abgesetzt — ließen Saddam Hussein glauben, leichtes Spiel zu haben. Außenpolitisch war der Iran isoliert, die Affäre um die amerikanischen Geiseln war auf ihrem Höhepunkt. Seiner wichtigsten Einnahmequelle, dem Erdöl, beraubt, wäre der Iran ganz und gar auf die Landwirtschaft angewiesen gewesen und hätte die begonnenen sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen nicht weiterführen können.

Saddam Hussein hatte bei seinen militärischen Plänen neben dem Streben nach einer Vormachtstellung am Golf auch wichtige innenpolitische Gründe. Der Sturz des Schah hatte auch beim irakischen Volk große Hoffnungen geweckt. Die Tatsache, daß der Kampf von einem Teil der schiitischen Geistlichkeit geführt wurde, gab der religiösen politischen Opposition im Irak zusätzlich Auftrieb. Über 50 Prozent der irakischen Bevölkerung gehören der schiitischen Glaubensrichtung an. Die Welle der Sympathie für die iranische Revolution machte nicht einmal Halt vor den einfachen Mitgliedern der herrschenden Baath-Partei. Ein Teil der schiitischen Geistlichkeit stellte sich zum ersten Mal offen gegen die Regierung. Die politische schiitische Bewegung sah in der Revolution im Nachbarland nicht nur ihr Vorbild, sondern betrachtete den Iran als Hinterland, von wo sie politische Unterstützung und Waffen erhielt.

Im Winter 79/80 begannen die ersten bewaffneten Aktionen gegen Büros und Persönlichkeiten der Baath-Partei und des Sicherheitsdienstes. Höhepunkt war ein gescheitertes Attentat gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarig Aziz im April 1980. Die Baath-Partei stand der ernsthaftesten Herausforderung ihrer Herrschaft gegenüber, während viele oppositionelle Gruppen mit diesen Aktionen sympathisierten und ein breites politisches Bündnis aller Oppositionsgruppen nach dem Muster der iranischen Revolution anstrebten, um Saddam Husein zu stürzen. Die Baath Partei sah in dieser Situation ihre Überlebenschance nur in der Liquidierung der politisch religiösen Opposition, deren Wurzeln sie im Iran ausmachte. So wurde der Sturz Saddam Husseins das Kriegsziel, für das die iranischen Massen kämpfen.

Die USA-Intervention

Die USA haben den seit dem 2. Weltkrieg größten Flottenverband in die Golf-Region entsandt. 40 Kriegsschiffe und 25.000 Marinesoldaten sollen die »freie Schiffahrt« gewährleisten, so die offizielle Begründung der Administration in Washington. Doch die nähere Betrachtung des militärischen Geschehens entlarvt das als Vorwand.

Der Irak ist an der Front in die Defensive geraten. Der seit Jahren nur von iranischen Offensiven unterbrochene Stellungskrieg führt zu wachsender Verbitterung und Kriegsmüdigkeit in der irakischen Bevölkerung. Da die Militärführung in Bagdad nicht mehr in der Lage ist,eine militärische Wende herbeizuführen, versucht sie ihre Luftüberlegenheit zu nutzen: Durch Beschießung von Tankern mit iranischem Erdöl an Bord und durch die Bombardierung der Verladestationen soll Teheran wirtschaftlich getroffen und so zu einer Beendigung des Krieges gezwungen werden. Dem kann der Iran wenig entgegenwirken, die Angriffe seiner Schnellboote auf Frachter und Tanker, die den Irak anlaufen, und die Verminung einzelner Regionen des Golf zeigen relativ geringe Wirkungen.

Während die amerikanischen Kriegsschiffe gegen die iranischen Schnellboote vorgehen, kann der Irak seine Luftüberlegenheit weiter entwickeln. Der größte Teil der zerstörten Tanker geht auf das Konto der irakischen Luftwaffe. So sieht der Schutz aus, mit dem die USA die »freie Schiffahrt« gewährleisten wollen. Die Entsendung der US-Kriegsflotte dient der Unterstützung irakischer Kriegsziele.

Schon vor und seit ihrer Aggression gegen Libyen haben die USA versucht, ihre europäischen Verbündeten zu einer stärkeren Unterstützung ihrer Nahost-Politik zu drängen. Washington ist finanziell und politisch immer weniger bereit und in der Lage, die weltpolitischen Probleme im Interesse des gesamten imperialistischen Lagers alleine zu lösen. Durch die Entsendung von Flotteneinheiten sind Großbritannien, Belgien, Frankreich und Italien dem Drängen der US-Regierung nachgekommen. Im Verteidigungsministerium der BRD werden Überlegungen angestellt, wie man einen Einsatz der Bundeswehr im Golf trotz gegenteiliger Bestimmungen im Grundgesetz rechtfertigen und innenpolitisch durchsetzen kann. Damit naht der Zeitpunkt, an dem die europäischen NATO-Länder direkt in die Konfrontation und Auseinandersetzungen im Nahen Osten einbezogen werden. Die BRD als ökonomisch stärkster und stabilster NATO-Partner neben den USA wird da nicht abseits stehen können.

Andere Bedingungen für US-Kriegsflotte

Die Größe der imperialistischen Armada im Golf steht im krassen Kontrast zu ihrer Effektivität. Gegen die iranischen Schnellboote mit ihren Selbstmord-Kommandos erweist sich die hochgerüstete und mit modernster Technik ausgestattete Flotte als wenig wirksam. Der Radarschirm kann die iranischen Schellboote nicht von normalen Fischkuttern unterscheiden; die Gewässer des Golf sind zu flach für einen Einsatz von U-Booten. So schippert die US-Flotte durch den Golf,

Aus Presseberichten:

Wie die Notwendigkeiten des Krieges Diskussion und Verfassung der iranischen Gesellschaft verändern, darüber finden sich auch in der bürgerlichen Presse in jüngster Zeit erste Berichte. Hier eine Zusammenfassung:

Ende November versuchte die Regierung Mussawi wiederum einen vom Parlament schon verabschiedeten neuen Entwurf eines Arbeitsgesetzes vom Rat der Verfassungswächter — eine Art Verfassungsgericht — billigen zu lassen. Dieser Rat war ursprünglich 1980 ins Leben gerufen worden, um die parlamentarischen Vorlagen daraufhin zu prüfen, daß sie nicht Gesetze des Koran verletzen. Er umfaßt 6 Mullahs und 6 vom Parlament ernannte Juristen. Im Laufe der Zeit hat er sich zum entscheidenden Instrument der Besitzenden entwickelt, soziale Reformen und Forderungen der »Entrechteten« zu blockieren. Als »unislamisch«, mit dem heiligen Prinzip des Privateigentums und der Handelsfreiheit nicht vereinbar, hatte der Rat die Landreform, die Nationalisierung des Außenhandels und frühere arbeitsrechtliche Regelungen verworfen. Der Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes gilt nicht als revolutionär, er sollte nur Dinge wie Mindestlohn, Arbeitszeit, Versicherung, Rente sowie Bildung islamischer Arbeiterräte regeln, dennoch fand dieser Entwurf nicht die Zustimmung des Wächterrats.

Das konservative iranische Presseorgan »Resalat« soll das Gesetz kritisiert haben, *»weil es den Arbeitgeber zwingt, einem Vertrag zuzustimmen, der ihm nicht vorteilhaft erscheint.«* Die Zeitung »Keyhan« soll geantwortet haben, es sind die Arbeitgeber, *»die die Not der Arbeiter ausnutzen und ihnen ausbeuterische Bedingungen aufzwingen.«*

Entnervt hat der iranische Arbeitsminister — unterstützt vom Parlamentssprecher Rafsanjani — die Angelegenheit Khomeini vorgetragen. Mitte Dezember erklärte dieser, daß die Regierung im Interesse der Gemeinschaft religiöse Gebote übergehen und eigene Bedingungen im Arbeitsrecht und anderswo setzen dürfe.

Regierungschef Mussawi und Sprecher Rafsanjani stießen nach und erklärten, daß damit auch andere vom Wächterrat blockierte Reformvorhaben möglich seien, nämlich die Aushebung von Studenten, die sich nicht freiwillig zum Kriegsdienst meldeten, die Beschränkung von Importen, die Bestrafung von Kriegsgewinnlern und Preiskontrollen, um die Teuerung und Korruption zu bekämpfen, und die viel diskutierte Landreform.

Ayatollah Safi, Sekretär des Wächterrats, warnte Khomeini daraufhin umgehend brieflich: Eine solche Interpretation bedeute auf längere Sicht das Ende des Wächterrates, würde unausweichlich *»zur Abschaffung aller islamischen Institutionen und Strukturen«* führen. Doch Khomeini stimmte der Interpretation der Regierung zu.

Die neue Position von Khomeini sorgte in der Geistlichkeit für Aufregung und Überraschung. Staatspräsident Khamenei unternahm es, in der Freitagspredigt am 1. Januar die Tragweite der Entscheidung Khomeinis abzuschwächen, indem er erklärte, Khomeini habe nur bestätigt, was oft gesagt worden sei, nämlich daß *»die islamische Regierung ihre Macht in den Grenzen der von Gott erlassenen religiösen Gesetze ausübe.«*

Khomeini sah sich veranlaßt zu reagieren; am 7. Januar verbreitete die iranische Presse einen Brief, der Khamenei kritisierte. Die Regierung sei Teil der stellvertretenden Herrschaft Mohammeds, ihre Belange hätten unter Umständen Vorrang vor den religiösen Geboten des Betens, Fastens und der Pilgerfahrt nach Mekka. Die Regierung könne einseitig jedes islamische Gesetz zeitweise aufheben, wenn es den Interessen des Landes oder des Islam entgegenstehe.

Einige Tage später sprach Khomeini dem Staatspräsidenten Khamenei sein Vertrauen aus und beschied die Demission von Mitgliedern des Wächterrats ablehnend. Dennoch stutzte er diesem Gremium die Flügel, indem er am 7. Februar eine spezielle Instanz schuf, die Verantwortliche aus Exekutive, Legislative und Judikative zusammenfaßt und unter seiner Aufsicht die Streitpunkte zwischen Parlament und Wächterrat abklärt. ■

FR vom 25. 1. 88, Le Monde vom 11. 2. 88, NZZ vom 21. 1. 88, SZ vom 15. 1. 88

wobei nicht einmal klar wird, ob sie nun die Tanker beschützt oder hinter den Tankern Schutz vor den iranischen Seeminen sucht.

Ihrem vorgegebenen Ziel, den Iran zu einer Beendigung des Krieges zu zwingen, ist die US-Regierung mit dieser Machtdemonstration keinen Schritt näher gekommen. Die Vereinigten Staaten sind dazu auf die Zustimmung der SU angewiesen, die bisher die Forderung nach einem totalen Waffenembargo gegen Teheran zurückwies. Allerdings scheint bei den Verhandlungen der beiden Großmächte einiges in Bewegung geraten zu sein. Die Administration in Washington versucht das Interesse der UdSSR, sich aus Afghanistan zurückziehen zu können, auszunutzen. Für die Einstellung ihrer Unterstützung der afghanischen Rebellen fordern die USA Zugeständnisse der sowjetischen Führung im Golf, im Nahen Osten und in Mittelamerika. Wieweit sich die USA und die UdSSR dabei entgegenkommen können, darüber läßt sich z. Z. allenfalls spekulieren — das ist nicht unsere Aufgabe. Die Verhandlungen zeigen aber, wie groß die Verstrickung regionaler und weltpolitischer Konflikte geworden ist.

Im Konflikt zwischen dem Irak und dem Iran verhält sich die UdSSR taktisch vorsichtig. Sie kritisiert allerdings die Entsendung von US-Kriegsschiffen in die Region, die zu einer weiteren Destabilisierung beiträgt. Stattdessen fordert sie die Einschaltung einer UN-Friedenstruppe (Flotte). Dahinter steht das Bestreben, die USA zu hindern, direkt in die militärischen und sozialen Konflikte im Golf einzugreifen. Die Gefahr einer direkten Konfrontation würde dadurch erheblich gesteigert. Den Iran verbindet eine lange Grenze mit der SU und Afghanistan.

Der Krieg verändert die Gesellschaft im Iran

Der militärische Vormarsch der Iraker scheiterte nicht am Widerstand der iranischen **Armee,** sondern an den Verbänden der **Freiwilligen.** Sie rekrutieren sich hauptsächlich aus den armen Bevölkerungsschichten und haben im Verlauf des Krieges die Rolle und Bedeutung der regulären Armee immer weiter zurückgedrängt. Im Kampf gegen die ausländische Intervention verteidigen sie nicht nur ihr Heimatland, sondern auch die Errungenschaften der Revolution. Ohne diese Voraussetzung wäre eine derartige Mobilisierung der Massen überhaupt nicht möglich gewesen, unter der Schah-Diktatur wären sie nicht freiwillig in den Krieg gezogen.

Im Krieg gegen die ausländische Intervention organisieren sich neue Kräfte im Iran. Iran ist noch kein sozialistisches Land, es ist auf dem Wege, alte imperialistisch-kapitalistische Verhältnisse und Restaurationsbestrebungen zu überwinden. Unter den Bedingungen des Krieges ensteht eine Art Nebeneinander. Der Versuch, nationale kapitalistische Verhältnisse nach der Vertreibung der Kompradoren-Bourgeoisie zu etablieren, hat keine Perspektive, weil die Massen, die im Krieg das Land verteidigt haben, kaum zulassen würden, daß ihnen das, was die Revolution gebracht hat, wieder genommen wird.

Die Opfer, die der Krieg fordert, treiben den antiimperialistischen und antikapitalistischen Prozeß voran. Dem Bewußtsein der Familien der Gefallenen drängt sich die Erkenntnis darüber auf, daß sie, die Masse der unteren Volksschichten, die Opfer bringen müssen, während die Familien der Reichen ihre Kinder ins Ausland schicken. Die Frage wird hochkommen: Wenn der Krieg vorbei ist, sollen wir in Armut leben, während die Reichen, die keine Opfer gebracht haben, die Gewinner sind? Soll es Rückkehr zu den alten Verhältnissen geben? Wenn nach dem Krieg versucht werden wird, die alte Ordnung wiederherzustellen, wird es Kampf geben, denn die Massen sind bewaffnet. Auch die Frauen sind für die Verteidigung der Städte bewaffnet worden. Die Bilder der Gefallenen in den Wohnzimmern oder auf Demonstrationen vorangetragen mahnen, daß die Opfer nicht umsonst gefallen sein dürfen. Noch ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht entschieden.

Die Basis organisiert sich

Der Krieg und seine Folgen im gesamten Land zwingen, neue Formen der gesellschaftlichen Organisation zu schaffen, die neben oder gegen die alten gesellschaftlichen Institutionen arbeiten. Die Verlagerung des militärischen Gewichts von der regulären Armee zu den Freiwilligen-Verbänden hat diesen Prozeß z. T. in Gang gebracht und beschleunigt.

Die Pasa dran verfügen über eine eigene Kommandogewalt an der Front. Die Organisierung und den Nachschub für die Front sichern sie durch eigene politische Maßnahmen, die mit den bisherigen Traditionen brechen. Eigene Rüstungsbetriebe der Pasadran sichern die Ausrüstung, so z. B. die kleinen Schnellboote für den Einsatz im Golf.

In vielen Gassen in den Städten und auf dem Lande sind Hilfsorganisationen entstanden. Die Frauen der gefallenen Männer sitzen nicht zu Hause und trauern, sie sind Mitglieder nachbarschaftlicher Hilfsorganisationen, die sich um die Versorgung und alles Lebensnotwendige kümmern — auch ohne Geld.

Die Ministerien sind z. T. noch mit den alten Beamten besetzt, aber im Lande breiten sich neue Organe der Pasa dran aus, die das Vertrauen zu den alten Bürokraten aus der Schah-Zeit verloren haben. Die politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten gehen zusehends auseinander.

Für eine sozialistische Zielsetzung fehlt im Iran noch die Voraussetzung. Die nationale Bourgeoisie, die den fremden Kapitalismus durch den eigenen ersetzen will, und die geistlich-religiösen Verfechter vorimperialistischer Verhältnisse führen den Kampf gegen den (USA-)Imperialismus an. Die Massen folgen ihnen — noch. Die imperialistischen Staaten sind, um die Entwicklung aufzuhalten und nicht alles zu verlieren, zu Zugeständnissen bereit. Durch den Krieg mit dem Irak, seine weltpolitische Ausweitung und in den sich verschärfenden inneriranischen Auseinandersetzungen wird der Boden bereitet, auf dem sich proletarisch-revolutionäre Kräfte entwickeln können. In diesem Prozeß erhalten einige wenige, die den Marxismus auf die vorgefundenen Bedingungen anwenden, politisch entscheidende Bedeutung. ■

Anti-Imperialismus als Programm?

Der Artikel »Islam kontra Imperialismus« beansprucht, Klarheit über die Vorgänge im Iran zu schaffen, und will den revolutionären Gehalt dieser Entwicklung herausstellen, welcher der hiesigen Linken verborgen bleibe.

Dabei werden aber entscheidende Tatsachen dieser Entwicklung unterschlagen, und statt dessen werden Behauptungen der iranischen Propaganda als Tatsache dargestellt, ohne diese zu hinterfragen.

Über die Entwicklung der iranischen Gesellschaft nach dem Sturz des Schah-Regimes ist in dem Artikel so gut wie nichts zu erfahren. Es wird der Anschein erweckt, als sei diese seit nunmehr fast zehn Jahren erstarrt und als sei der Krieg gegen den Irak der einzige Inhalt gesellschaftlicher Aktivitäten: Die »Massen« sind in Bewegung geraten und haben sich durch den siegreichen Aufstand eine so starke Stellung erkämpft, daß es unmöglich erscheint, eine neue gesellschaftliche Ordnung zu errichten, die den Interessen dieser »Massen« widerspricht. Das Problem ist jedoch, daß diese »Massen«, die gemeinsam den Schah stürzten, gar keine weitergehenden gemeinsamen Interessen hatten. Unterschiedliche Vorstellungen über den Verlauf der Revolution werden in dem Artikel in den Bereich der »Ideologie«, der »Wünsche« und der »Träume« verwiesen, die dieser oder jener unmaßgebliche Führer äußert. Daß es hierüber jedoch schon zu blutigen Auseinandersetzungen gekommen ist und diese durchaus handfeste Resultate hervorgebracht haben, findet keine Erwähnung.

Bezeichnend hierfür ist, daß zwar mehrfach auf die Arpo-Sondernummer 1/79 verwiesen wird, die unter dem Eindruck des Aufstandes gegen den Schah geschrieben wurde, die Sondernummer 2/80, welche die aufbrechenden Klassengegensätze **innerhalb** der Anti-Schah-Koalition behandelt, jedoch unerwähnt bleibt.

Welche »Massen« stürzten den Schah?

An einer Stelle des Artikels heißt es richtig, daß der Islam *»die Interessen aller Klassen und Strömungen«* zusammenfaßte, *»die sich gegen die fremden Herren und ihre einheimischen Marionetten erhoben.«* Da, wo versucht wird, dies zu konkretisieren, scheinen sich diese Massen nur noch aus den Bewohnern der Elendsviertel zusammenzusetzen, in denen die *»Vorläufer des Proletariats«* gesehen werden. Das aber wäre eine sehr einseitige Sicht der Ereignisse. Neben denjenigen, die ihre Existenz auf dem Lande verloren und in den Städten keine neue finden konnten, gerieten auch die städtischen Mittelschichten, die Arbeiterklasse, die Basaris, Teile der Bourgeoisie und vor allem das Kleinbürgertum in Widerspruch zum Schah-Regime.

Die Schah-Diktatur bewirkte eine Umwälzung der gesamten iranischen Gesellschaft, wodurch die traditionellen Oberschichten, Großgrundbesitz und Handel, einen Verlust ihres Einflusses und ihrer ökonomischen Stellung in Kauf nehmen mußten. Nutznießer war neben der Schah-Dynastie selbst eine hauchdünne Schicht, die sog. Kompradoren-Bourgeoisie, die eng mit dem imperialistischen Kapital kooperierte. Dem ausländischen Kapital wurde Tür und Tor geöffnet, und die einheimischen Bauern und das Kleinbürgertum wurden von der Konkurrenz billiger Importe bedroht. Die Arbeiterklasse schließlich hatte vor allem unter der enormen Inflation zu leiden, welche die letzten Jahre des Regimes begleitete.

Der islamische Fundamentalismus war das einigende Band dieser unterschiedlichen Interessen. Dem Schah-Regime, das die traditionelle Ordnung zerstörte, ohne den Menschen einen sicheren Platz in der neuen Ordnung bieten zu können, setzten die Mullahs die traditionellen Werte der iranischen Gesellschaft entgegen, als in einer statischen, vorkapitalistischen Gesellschaft jedem ein Platz in der hierarchischen

Ordnung zugewiesen wurde. Die Vergangenheit wurde zur Idylle verklärt und sollte Richtschnur werden für die Zukunft.

Unschwer ist zu erkennen, daß sich hinter dieser Ideologie die Wünsche und Hoffnungen des Kleinbürgertums verbergen, welches jede gesellschaftliche Entwicklung am liebsten zum Stillstand bringen möchte, um nicht zwischen den Polen der sich herausbildenden Klassengesellschaft zerrieben zu werden. Die Ideologie des Fundamentalismus unterscheidet — entsprechend der kleinbürgerlichen Vorstellung — zwischen islamischem und unislamischem Eigentum. Zu letzterem zählen vor allem Gewinne aus Zinsen und Spekulation sowie das übermächtige ausländische Kapital, welches seine Gewinne ins Ausland transferiert. Diese Formen des Eigentums werden verworfen, während das »ehrlich erworbene Eigentum« geschützt werden soll. Diese Vorstellungen eines »harmonischen« Kapitalismus prägen alle kleinbürgerlichen ökonomischen Theorien. Im Iran allerdings müssen sie als Fundament einer besonderen »islamischen Ökonomie« herhalten, die der bürgerlichen und der sozialistischen Ökonomie entgegengesetzt werden.

Das Kleinbürgertum ist im Iran die breiteste Schicht der Bevölkerung, und auch die übrigen Schichten sind kleinbürgerlicher oder bäuerlicher Herkunft. So ist es nicht verwunderlich, daß eine derartige Ideologie im Iran die rebellierenden Massen einigen konnte.

Der islamische Fundamentalismus an der Macht

Das Resultat des Umsturzes war eine Einbuße an Macht für alle Schichten, die das alte Regime trugen und von ihm profitierten: Die Kompradorenbourgeoisie, die modernen Agrarkapitalisten und die Bürokratie. Ferner wurde der Einfluß ausländischen Kapitals beschnitten. Diesen Zielen galten die ersten Dekrete der provisorischen Regierung: Das Geschäft mit dem wichtigsten Rohstoff des Landes, dem Erdöl, sollte unter Ausschluß der internationalen Konzerne abgewickelt werden, der Besitz der Schah-Familie wurde verstaatlicht. Das gleiche geschah mit einigen ausländischen Betrieben, wovon vor allem US-Firmen betroffen waren und solche Unternehmen, denen Gesetzesverstöße vorgeworfen wurden, wie z. B. die iranischen Filialen von Bayer, Schering, Merck und Hoechst.

Mit diesen Maßnahmen sollten die Grundlagen einer eigenständigen Entwicklung des iranischen Kapitalismus gelegt werden. Weitergehende Maßnahmen in dieser Richtung, die eine schärfere Kontrolle der Bourgeoisie mit sich gebracht hätten, wurden im Ansatz erstickt. Versuche, den Außenhandel einer staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, wurden vom »Wächterrat« als »unislamisch« bezeichnet und ein entsprechendes Dekret wurde aufgehoben.

Die Banken waren stets Ziel der Kritik kleinbürgerlicher und mittelständischer Massen unter dem Schah-Regime. Khomeiny kritisierte stets die Zinspolitik der Banken und hielt diese schließlich für »noch schlimmer als die Kinos«. Dieses Verdammungsurteil bezieht sich allerdings nur auf die Banken aus der Schah-Zeit. »Islamische Banken«, die ihren Schuldnern keine Zinsen, sondern eine »Verarbeitungsgebühr« abverlangen, sind von den Verstaatlichungen ausgenommen.

Widersprüchlich ist auch die Entwicklung im Agrarsektor. Das Vorhandensein tiefgehender Gegensätze zeigt sich besonders daran, daß bis heute noch keine Regelung auf diesem Gebiet getroffen wurde. Nach der Revolution wurde ein Gesetz erlassen, nach dem der Landbesitz des Schahs verteilt werden sollte. In den programmatischen Aussagen spielt die Landwirtschaft eine große Rolle. Sie soll zum Zentrum der Entwicklung des Landes werden, um von Nahrungsmittelimporten unabhängig zu werden und der Bevölkerung des Landes eine Perspektive zu bieten. Aus diesem Anspruch hat sich jedoch keine entsprechende Praxis entwickelt.

Unklar ist vor allem das Verhältnis zum traditionellen Großgrundbesitz. Von der Welle der sozialen Erschütterungen nach der Verjagung des Schahs wurde auch das Land erfaßt: Es kam zu Landbesetzungen durch landlose Bauern einerseits, aber auch zu Besitznahmen des Landes kleiner und mittlerer Bauern durch (ehemalige) Großgrundbesitzer, die dieses Land durch die Landreformen des Schahs eingebüßt hatten. Letztere haben Verbündete unter jenen Geistlichen, die durch die »weiße Revolution« ebenfalls ihren Großgrundbesitz verloren. Ihr Ziel ist es, auf dem Land die Verhältnisse der fünfziger Jahre zu restaurieren. Khomeiny betont ausdrücklich, daß das Pachtsystem und die Möglichkeit, die Pacht in Naturalien zu entrichten, mit dem Islam vereinbar seien (I, S. 138).

Ein Agrarreformgesetz, das diese Fragen regeln soll, wird vom Verfassungskontrollrat blockiert, und im Oktober 1986 wurde endgültig auf eine Landreform verzichtet, und es wurden lediglich die geschaffenen Zustände legalisiert (I./S. 138).

Diese Halbheiten und Kompromisse sind Ausdruck davon, daß sich bei der konkreten Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik zwei Hauptrichtungen herausgebildet haben:

— Eine offen bürgerliche Richtung will Ruhe und Sicherheit für private Kapitalanleger, um diese zu Investitionen anzuregen. Die Wirren der Revolution, die revolutionäre Rhetorik und willkürliche Maßnahmen gegen »nicht rechtmäßiges Eigentum« halten sie für schädlich. Sie sehen, daß ein moderner Staat, der sich auch international durchsetzen will, nicht allein auf der kleinbürgerlichen und mittelständischen Produktion aufbauen kann. Politisch fordern sie vor allem eine Einschränkung des staatlichen Sektors und eine Verringerung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft. Diese Gruppe kann auch die Ausbeutung der Lohnarbeit mit schönen sozialen und religiösen Formeln rechtfertigen, wie folgendes Zitat des bedeutensten Vertreters der »islamischen Ökonomie« zeigt:

  »Entsprechend der islamischen Theorie sind das Ergebnis und das Einkommen aus der Produktion das Eigentum ausschließlich derer, die wie die Arbeiter die Rohstoffe verarbeiten. Die Besitzer der Produktionsinstrumente haben keinen Anteil am Ergebnis. Der Islam gibt das gesamte Produktionsergebnis dem Arbeiter, aber für die Dienste, die Boden und Arbeitsinstrumente im Produktionsprozeß leisten, sind deren Eigentümer berechtigt, einen »Lohn« zu erhalten. Das bedeutet, daß der Produzent gegenüber den Eigentümern der Produktionsinstrumente verschuldet ist und seine Schuld begleichen und durch die Zahlung von Lohn (etwas »Lohnähnlichem«) seiner Verpflichtung nachkommen muß.« (I/S. 348f) (Bager Sadr)

— Die andere Richtung beharrt stärker auf den ursprünglichen kleinbürgerlichen Idealen. Ohne die Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft zu überschreiten, wollen sie deren Gesetzmäßigkeiten notfalls mit Gewalt an ihrer Durchsetzung hindern. Sie fordern weitergehende staatliche Maßnahmen zum Schutz der »Unterdrückten« und zur Verhinderung »unmäßigen Reichtums«. Wer sich darüber hinwegsetzt und »unrechtmäßig« Eigentum erwirbt, soll hart und exemplarisch bestraft werden.

Ungeachtet dieser Gegensätze besteht Einigkeit über die politische Konzeption der Islamischen Republik: die absolute Macht der religiösen Führer. Der Klerus nimmt heute in der iranischen Gesellschaft die Rolle eines Mittlers zwischen den verschiedenen Sektoren der Borugeoisie ein, die ökonomisch zu schwach und politisch zu heterogen ist, um selbst die politische Macht in die Hände nehmen zu können.

Diese starke politische Stellung verleiht dem Klerus den Anschein, über den Klassen der Gesellschaft zu stehen. Tatsächlich hat der Klerus jedoch niemals auch nur annähernd den Rahmen der bürgerlichen Klassengesellschaft über-

schritten. Obwohl politisch machtlos (was sie auch während des Schah-Regimes war), hat die Bourgeoisie keinerlei Anlaß, sich ängstlich zu verkriechen oder gar *»von einer Rückkehr zu den alten gesellschaftlichen Machtstrukturen«* zu träumen, wie in dem Artikel behauptet wird. Zur Zeit des Schah-Regimes waren die Entwicklungsmöglichkeiten für das iranische Kapital durch die ausländische Konkurrenz sehr beschränkt. Soweit diese Konkurrenz ausgeschaltet oder zumindest eingeschränkt wurde, ist das iranische Kapital, falls es nicht von ausländischem Kapital abhängig war, aus eigenem Antrieb »antiimperialistisch« und muß sich keineswegs ein entsprechendes Mäntelchen umhängen.

Der Klerus selbst hat eine starke ökonomische Macht erringen können. Zu erwähnen ist hier die **Mostazafin-Stiftung (Stiftung der Unterdrückten),** welche das Eigentum der Pahlewi-Stiftung übernahm und sich den Besitz der geflohenen Grundbesitzer einverleiben konnte. Sie ist heute der größte Grundbesitzer, den es jemals in der iranischen Geschichte gab. (Demgegenüber verfügen 540000 bäuerliche Familien über gar kein Land, und etwa 735000 besitzen Parzellen, die kleiner sind als 1 ha. Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Haushalte besitzt nur 1,6% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. I/S. 471)

Die Mostazafin-Stiftung wird vom Klerus im Sinne eines kooperativen Eigentums verwaltet. Der eigentliche Sinn dieser Stiftung sollen wohltätige Maßnahmen sein. Damit sichert sich der Klerus Einfluß auf die verarmten Massen, da diese sonst kaum eine Möglichkeit haben, Hilfe zu erlangen. Die angehäuften Reichtümer dieser Stiftung sollen aber zu den wohltätigen Aktivitäten in keinem Verhältnis stehen.

Die Ablehnung ausländischen Einflußes auf das eigene Land hat jedoch keineswegs zur Folge, daß das iranische (Klein-) Bürgertum diesem Gegensatz alle anderen unterordnen würde. Der Nationalismus macht auch im Iran nicht die Klassengegensätze hinfällig. Welchen Klassencharakter die Herrschaft der Mullahs hat, wurde daher am deutlichsten, als kurz nach dem Sturz des Schahs die iranische Arbeiterklasse erste selbständige Schritte wagte.

Die iranische Arbeiterbewegung

Die Industriearbeiter des Landes beteiligten sich in der Endphase sehr aktiv am Kampf gegen das Schah-Regime, und die Streiks vor allem der Erdöl-Arbeiter trugen erheblich zur Destabilisierung des Regimes bei. Bei der Konzipierung ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik kamen die Repräsentanten der Islamischen Republik nicht umhin, dieser Bedeutung der Werktätigen gerecht zu werden. Doch schon wenige Monate später wurden diese Zugeständnisse wieder abgebaut: Im September 1979 wurde die Arbeitslosenunterstützung abgeschafft, und im August 1980 wurde das »Gewinnteilungsgesetz« anulliert.

Doch — einmal in Bewegung geraten — wollten sich die Arbeiter nicht so einfach um die Früchte ihrer Kämpfe bringen lassen. Sie forderten Lohnerhöhungen, 40-Std-Woche und Arbeitslosen-Unterstützung. In diesen Kämpfen, die das ganze Land erfaßten, konnten Vertreter revolutionärer Gruppen häufig eine führende Rolle spielen, die jedoch der politischen Verankerung dieser Gruppen in keiner Weise entsprach. Das selbständige Auftreten der Arbeiter und der begrenzte Einfluß der Linken in diesen Kämpfen (an der 1. Mai-Demonstration der linken Gruppen in Teheran beteiligten sich über 500000 Menschen, darunter viele Arbeiter) war für das islamische Regime ein Alarmzeichen.

In den Betrieben wurden nun »Islamische Vereine« gegründet, die den Einfluß der klassenbewußten Kräfte zurückdrängen und die Arbeiter von den Vorteilen der »islamischen Ökonomie« überzeugen sollten. In diesen Vereinen spielten oftmals die Vertreter der gelben Gewerkschaften aus der Zeit des Schah-Regimes eine führende Rolle. Diese Vereine forderten die Ablösung von Managern aus der Schah-Zeit und eine Beteiligung an der Leitung der Betriebe (»Islamisierung des Managements«). Schließlich beteiligten sich diese Vereine gemeinsam mit den Pasdaran an brutalen Übergriffen auf klassenbewußte Arbeiter, betrieben deren Entlassung und organisierten eine zentrale Kampagne gegen die Arbeiter-Räte, welche sich die Arbeiter in ihren Kämpfen geschaffen hatten.

In diesen Angriffen auf selbständige Arbeiterorganisationen zeigt sich eindeutig der bürgerliche Charakter des islamischen Fundamentalismus. Diese Angriffe können keineswegs durch die »Notwendigkeiten« zur Verteidigung der Revolution gegen die bornierten Ansprüche einer privilegierten Arbeiteraristokratie gerechtfertigt werden, welche ihre Interessen ohne Rücksicht auf die Erfordernisse des Krieges durchsetzen wollte: Diese Auseinandersetzungen begannen sehr bald nach dem Sturz des Schah-Regimes und spitzten sich schon vor dem **Angriff des Irak** zu. Begleitet wurde dieser Kampf gegen die junge Arbeiterbewegung durch die oben dargestellte Einfrierung bzw. Rückgängigmachung der Errungenschaften der ersten Phase der Revolution, aber keinesfalls durch Maßnahmen im Interesse der »Massen«.

Gleichzeitig mit den Angriffen auf die Arbeiterbewegung begannen die Übergriffe auf die linken Organisationen, die versuchten, dieser Streikbewegung einen politischen Charakter zu geben. Dieser Prozeß endete mit der Vernichtung **aller** sozialistischen und kommunistischen Organisationen und der Verfolgung und Ermordung zehntausender ihrer Mitglieder.

Diese Tatsachen scheinen dem Verfasser des Artikels vollkommen nebensächlich zu sein, so daß er sie nicht einmal erwähnt (möglichen Einwänden soll durch den Hinweis vorgebeugt werden, daß die Gewalt beim Aufbau des Sozialismus in der SU von der westeuropäischen Linken ja auch nicht verstanden wurde). Im Gegensatz zu den Auseinandersetzungen innerhalb der SU in den 20er und 30er Jahren ging es im Iran aber nicht um das **Tempo** des revolutionären Prozesses, sondern um dessen **Richtung.** Mit der Liquidierung der Kommunisten und der selbständigen Arbeiterbewegung hat sich das Bürgertum innenpolitisch seines Hauptgegners entledigt, und das Kleinbürgertum hat sich verängstigt auf dessen Seite geschlagen und seine eigenen Ansprüche selbst zeitweise zurückgestellt. Die Niederlage bedeutete einen tiefen Einschnitt in den revolutionären Prozeß: Die gesellschaftliche Kraft, die die Bewegung über die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft hätte hinausführen können, war vernichtet, und die Revolution bewegte sich fortan nur noch im Spannungsfeld groß- und kleinbürgerlicher Interessen.

Das gilt auch für die momentanen Auseinandersetzungen innerhalb des Klerus, von denen sich der Verfasser eine Erneuerung des revolutionären Impulses verspricht. Die vielzitierten Massen scheinen sich zu diesen Fraktionskämpfen allerdings eher abwartend und desinteressiert zu verhalten.

Die Vorstellungen auch des radikalsten Flügels gehen nicht über das hinaus, was im verteufelten Irak schon seit Mitte der sechziger Jahre verwirklicht wurde. Auch damals feierten Kommunisten den Prozeß im Irak als »anti-imperialistisch« und als sozial fortschrittlich. Daß die Kommunisten aus dem notwendigen Scheitern der kleinbürgerlichen Vorstellungen des Baath-Sozialismus nicht gestärkt hervorgehen konnten, liegt nicht zuletzt daran, daß sich die dortige KP durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Regime vollkommen diskreditiert hat.

Die »Barfüßigen«

Die positive Einschätzung des Iran stützt sich auf ein grenzenloses Vertrauen auf die in »Bewegung« geratenen »Massen«, wodurch jede Frage nach der Zusammensetzung und dem Bewußtsein dieser Massen sowie nach der Richtung

dieser Bewegung schlichtweg als »bürgerlich« abgehakt werden können.

Heißt es eingangs noch richtig, der Islam habe die *»Interessen aller Klassen und politischen Strömungen«* zusammengefaßt, *»die sich gegen die fremden Herren und ihre einheimischen Marionetten erhoben«*, so werden im Folgenden diese *»Massen«* einfach mit den »Barfüßigen« gleichgesetzt, den Bewohnern der städtischen Elendsviertel. Sie werden zu *»Vorläufern des Proletariats«* ernannt, und die Organisation der Pasdaran (Revolutionswächter) sei Ausdruck der gesellschaftlichen Macht, die diese Gruppe mittlerweile errungen habe.

Richtig ist, daß diese Schicht im Iran und in den meisten Ländern der Dritten Welt zahlenmäßig eine immer größere Bedeutung erlangt,und kommunistische Politik kann es sich nicht erlauben, diese Gruppe rechts liegen zu lassen. Zu bezweifeln ist aber auch, daß es sich hierbei um das künftige Proletariat handelt. Dies hätte nämlich eine sehr weitgehende Industrialisierung des Landes zur Voraussetzung, für die es keine Grundlage gibt. Und selbst wenn sie die Vorläufer des Proletariats wären, so heißt das ja erst einmal nichts anderes, als daß sie heute nicht zum Proletariat gerechnet werden können.

Vor allem sind es daher erst einmal ehemalige Bauern, Handwerker und Händler, die in der Gesellschaft noch keinen neuen Platz gefunden haben und deren Bewußtsein deshalb stark von der Vergangenheit geprägt ist.

Ihr Aufbegehren gegen das Elend hat daher nicht zwangsläufig den Gegensatz zum Kapital zum Inhalt. Dort wo es, wie zum Beispiel in Chile, die Tradition einer militanten Arbeiterbewegung gibt, ist es möglich, Verbindungen zwischen den Kämpfen der Arbeiter und der Ausgestoßenen herzustellen. Im Iran aber gibt es keine solche Tradition, und die sich gerade erst entwickelnde Arbeiterbewegung war noch zu schwach, um in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Anziehungspunkt für andere Gruppen werden zu können.

Unter solchen Bedingungen wäre es im Iran nicht das erste Mal, daß sich deklassierte Schichten für religiöse und/oder nationalistische Parolen begeistern, die von deren eigentlichen Interessen ablenken. Ob die »Barfüßigen« sich dabei subjektiv von ganz anderen Motiven leiten lassen als ihre Führer, ist dann nebensächlich, da für diese Führer die bewußte Unterstützung ihrer Politik gar nicht nötig ist, um ihre Positionen durchzusetzen. Was August Thalheimer 1929 über das Bewußtsein der faschistischen Massenbasis schrieb, kann auch auf andere reaktionäre Massenbewegungen übertragen werden:

»Auch ist es ein falscher und fauler Trost, daß die Massen, die jetzt der Faschismus aufgewühlt hat, keine bewußten Anhänger und Kämpfer für die faschistische Diktatur sind. Der Weg des Faschismus wie überhaupt der Konterrevolution zur Macht ist ein anderer, ja entgegengesetzter, wie der der proletarischen Revolution. Wenn es im Programm des Spartakusbundes richtig heißt, daß die Kommunistische Partei nur die Macht ergreifen wird, gestützt auf die bewußte Zustimmung der Mehrheit der Arbeiterklasse, so ist es umgekehrt beim Faschismus. Sein Weg zur Macht setzt nicht die Bewußtheit der großen Massen voraus, sondern gerade ihre Unbewußtheit, die Trübung und Verwirrung ihres Klassenbewußtseins, nicht ihre Aktivität, sondern ihre Passivität.« (»Der Faschismus in Deutschland.« S. 115. Frankfurt 1973).

Es geht hier nicht um eine Gleichsetzung des islamischen Fundamentalismus mit dem deutschen Faschismus. Aber hier wie dort garantiert »Bewegung« alleine keineswegs, daß darin auch die tatsächlichen Interessen der »Massen« zum Ausdruck kommen. Daß Massen in Bewegung kommen können, ohne ein Bewußtsein »für sich« erlangt zu haben, wird im Artikel überhaupt nicht erwogen.

Für die überwiegende Mehrheit der iranischen Bevölkerung war die Teilnahme am Sturz des Schah-Regimes die erste politische Betätigung, und ihre politische Unerfahrenheit erklärt es, daß sie eher den Vertretern des islamischen Klerus Gefolgschaft leisteten, als nach den Bedingungen zu fragen, unter denen sich ihre speziellen Interessen hätten durchsetzen lassen.

Das schließt nicht aus, daß sich im Laufe der Entwicklung unter den »Barfüßigen« Enttäuschung über die Politik ihrer Führer breitmacht. Illusionär ist jedoch die Annahme, die Pasdaran und die von ihnen ausgehenden Aktivitäten bereiteten den Weg, diese Enttäuschung in die Bahnen des Klassenkampfs zu lenken. Die Pasdaran wurden nach dem Sturz des Schah gegründet, um die Revolution gegen ihre Feinde zu verteidigen. Ihre Zusammensetzung und ihre Entwicklung entspricht der Basis und der Entwicklung des revolutionären Prozesses. Unter ihnen finden sich nicht nur die »Barfüßigen«, sondern ebenso Intellektuelle, Basaris und Kleinbürger. Anfangs beteiligten sich auch Mitglieder linker Gruppen, die jedoch sehr bald ausgeschlossen wurden. Heute sind die Pasdaran institutionalisierter Bestandteil der Islamischen Republik, und ihre Aktivitäten werden von einem speziellen Pasdaran-Staatsministerium geleitet.

Das, was von ihnen zur Unterstützung des Krieges organisiert wird, sind Aktivitäten, wie sie in jedem Krieg notwendig sind. Und in jedem Krieg sind es die Ärmsten, die die größten Opfer bringen müssen. Wenn die »Barfüßigen« unter den Pasdaran besonders stark vertreten sind, dann, weil es für sie der einzige Weg ist, dem Elend zu entkommen. Sie sind also nicht der Ansatz einer künftigen Klassenorganisation, sondern ein Mittel, um individuell aus der Klasse aufsteigen zu können.

Soll die Enttäuschung der Basis nicht in eine Entpolitisierung münden, wofür es viele Anzeichen gibt, ist eine politische Kraft nötig, die in der Lage ist, die Beschränktheit des islamischen Fundamentalismus aufzuzeigen und die Enttäuschten auf der Grundlage ihres Klasseninteresses organisiert. Zuzustimmen ist daher der Einschätzung am Schluß des Artikels, daß den Marxisten eine entscheidende Bedeutung zukommt. Dieser Teil des Artikels will aber nicht ganz zum Rest passen: Die nationale Bourgeoisie, die eingangs noch als ohnmächtig, ängstlich und auf die USA hoffend geschildert wird, wird plötzlich als die Kraft bezeichnet, die den revolutionären Prozeß und den Kampf gegen den Imperialismus anführt und der die Massen folgen.

Marxisten im Iran

Wie aber auf der Grundlage der positiven Gesamteinschätzung des Iran marxistische Politik auszusehen hätte, bleibt völlig offen. Im Iran real existierende Marxisten haben nicht die geringste Möglichkeit, innerhalb der Pasdaran oder anderer Organe der angeblichen »Gegenmacht« zu arbeiten. Die Tudeh-Partei, deren Politik sehr stark durch die diplomatischen Interessen der SU geprägt ist, war bereit, sich bis hin zur Selbstverleugnung der Ideologie und den Organen der Islamischen Republik unterzuordnen. Sie wurde eine gewisse Zeit als Aushängeschild geduldet, schließlich aber selbst vernichtet und verfolgt, als ein solches nach der Zerschlagung der unabhängigen linken Gruppen nicht mehr nötig war.

Es ist eben ein grundlegender Unterschied, ob die SU die Differenzen eines Landes mit der USA ausnutzen will, um die Stellung ihres weltpolitischen Gegenspielers in einer Region zu schwächen, oder ob eine Partei mit antikapitalistischer Zielsetzung ausgehend von diesen Differenzen mit den Repräsentanten dieses Regimes eine gemeinsame Politik entwickeln will. Für die SU sind die Ursachen dieser Differenzen nicht ausschlaggebend. Schon eine zeitweilige Schwächung der USA kann für sie Grund genug sein, ein solches Land zu unterstützen. Iranische Marxisten können die Entwicklung ihres Landes nicht nur unter dem Aspekt des

»weltpolitischen Gegensatzes« zwischen imperialistischem und sozialistischem Lager betrachten. So wenig sich im Europa der 30er Jahre durch die Volksfrontpolitik der Gegensatz zwischen nicht-faschistischer Bourgeoisie und Arbeiterklasse beseitigen ließ, so wenig lassen sich heute in den Ländern der Dritten Welt durch eine gemeinsame Ablehnung des US-Einflusses die internen Klassengegensätze aus der Welt schaffen.

Die Annahme, eine außenpolitische Gegnerschaft gegen imperialistische Länder werde unweigerlich innenpolitisch zu einer Linksentwicklung führen, wurde schon häufig widerlegt. Ägypten und auch der Irak sind Beispiele dafür, daß nationalistische Regimes zeitweise konsequent antiimperialistisch sein können und innenpolitisch gleichzeitig einen streng antikommunistischen Kurs fahren. Auch die SU hat die Unterstützung solcher Länder niemals davon abhängig gemacht, daß dort der Sozialismus aufgebaut wird. Das wäre auch gar nicht möglich, wenn nicht aus den Klassenkämpfen **in** diesen Ländern eine Kraft entsteht, welche diese Aufgabe wahrnehmen könnte. Diese Klassenkämpfe haben aber **ihre eigene Dynamik** und können nicht lediglich als Fortsetzung der weltpolitischen Gegensätze verstanden werden.

Marxisten können sich daher nicht darauf beschränken, den anti-amerikanischen Konsens mitzutragen, sondern sind gezwungen, den durch den islamischen Fundamentalismus formulierten klassenübergreifenden Konsens in Frage zu stellen, indem sie versuchen, die Arbeiter als »Klasse an sich« zu organisieren.

Wer dies heute im Iran unternimmt, gerät unweigerlich in Gegensatz zu den tragenden Kräften der Islamischen Republik und ist der schärfsten Verfolgung ausgesetzt. Diese haben unsere Solidarität verdient, aber nicht ein diffuser »Anti-Imperialismus«, dessen Funktion darin besteht, durch anti-amerikanische und anti-westliche Phrasen bei den »Massen« die Entwicklung von Klassenbewußtsein zu hemmen.

A., Da. September '88 ■

Soziale Revolution im Iran?

Der Artikel »Islam kontra Imperialismus« enthält u.E. grobe Verzerrungen und Fehleinschätzungen der gegenwärtigen politischen Situation im Iran. Von der Frontstellung Irans gegen das imperialistische Lager wird auf eine im Gange befindliche oder jedenfalls kurz bevorstehende sozialrevolutionäre Entwicklung in der iranischen Gesellschaft geschlossen. Der revolutionäre Optimismus der Verfasser gipfelt in der Feststellung, der Iran sei zwar *»noch kein sozialistisches Land«*, aber auf dem Wege, *»alte imperialistisch-kapitalistische Restaurationsbestrebungen zu überwinden.«* Der Krieg mit dem Irak sei Ausdruck und Motor dieser Entwicklung: *»Die Opfer, die der Krieg fordert, treiben den antiimperialistischen und antikapitalistischen Prozeß voran...*

Durch den Krieg mit dem Irak, seine weltpolitische Ausweitung und in den sich vertiefenden inneriranischen Auseinandersetzungen wird der Boden bereitet, auf dem sich proletarisch-revolutionäre Kräfte entwickeln können.«

Angesichts der ungeheuren Ausmaße der wirtschaftlichen und menschlichen Verluste, angesichts der durch den Krieg legitimierten Ausschaltung sozialistischer Kräfte im Iran und nicht zuletzt angesichts der jüngsten Wendung der Führung in Teheran in der Frage eines Waffenstillstandes darf die Frage gestattet sein, worauf die Verfasser des Artikels ihre Ansichten stützten. Bei näherem Hinsehen entdeckt man einige allgemein zutreffende Aussagen über den Gang revolutionärer Entwicklungen (zumeist belegt mit Marx/Engels-Zitaten), bruchstückhafte Informationen über soziale und politische Reformmaßnahmen im Iran sowie zahlreiche Auslassungen. Nachfolgend einige Beispiele:

1. Beispiel

»Khomeini ist Repräsentant der iranisch-islamischen Geschichte«, liest man am Anfang des Artikels. *»Seine kompromißlose Haltung gegenüber dem Schah-Regime verschaffte ihm bei den Massen des iranischen Volkes das Ansehen und die Autorität, die nötig sind, um die Interessen der verschiedenen Klassen und gesellschaftlichen Strömungen gegen die Schah-Diktatur zusammenzufassen und zusammenzuhalten.«*

Der Leser mag sich fragen, was mit dem Begriff *»iranisch-islamische Geschichte«* eigentlich gemeint ist. Offensichtlich soll damit gesagt werden, daß es schon immer, gleichsam im Untergrund, eine nationalreligiöse und antikapitalistische Grundhaltung im iranischen Islam, genauer: in der *»schiitischen Geschichtsauffassung«*, gegeben habe. Als Anhänger einer materialistischen Geschichtsauffassung sind wir der Ansicht, daß es solche antikapitalistischen Grundtendenzen in einer Religion an sich gar nicht geben kann. Das schließt nicht aus, daß eine Religion unter bestimmten Umständen zum Ausdruck revolutionärer Veränderungswünsche werden kann. Nach den konkreten sozialen und historischen Bedingungen der Politisierung des Islam in der iranischen Gesellschaft wird aber in dem Artikel kaum gefragt.

Wer sich auch nur ein bißchen mit der neueren Geschichte des Schiismus im Iran vertraut macht, erfährt, daß der Islam im Iran selbst in den letzten zwanzig Jahren keineswegs immer und überall die Rolle einer »revolutionären Volkskirche« gespielt hat. Der Klerus war nur in einem recht geringen Teil der iranischen Dörfer überhaupt regelmäßig vertreten und überdies zumeist den örtlichen Grundherren verpflichtet, denn nur diese konnten einen Mullah finanzieren. Deshalb besteht in der Bauernschaft, die immerhin über die Hälfte der iranischen Bevölkerung ausmacht, bis heute ein weitverbreitetes Mißtrauen gegenüber den Mullahs. Die Religion als Ausdrucksform radikalisierter Massen ist im Iran eine ausschließlich städtische Angelegenheit — jener entwurzelten und verelendeten Schichten nämlich, die im Gefolge der Agrarreform des Schahs (der sog. »weißen Revolution«) in die Slums der Großstädte gezogen wurden. [1]

Mit der Gleichung: »Iranische Geschichte = Schiismus = Antikapitalismus/Antiimperialismus« wird hingegen die Ideologie des Schiismus von ihrer Klassenbasis abgelöst und der Eindruck erweckt, als sei der politisierte Islam Ausdruck einer nationalrevolutionären Gesinnung des gesamten iranischen Volkes oder jedenfalls seiner übergroßen Mehrheit. Im historischen Rückblick wird der Islam, in der Person Khomeinis, zum einigenden Band aller sozialen Kräfte im Kampf gegen das Schah-Regime erhoben. Diese Sichtweise ist schon deshalb falsch, weil die Anti-Schah-Koalition — wie seinerzeit auch ausführlich in der Arpo dargestellt wurde — aus sehr unterschiedlichen Klassen und Strömungen bestand. Für nicht unbedeutende Kräfte dieses Bündnisses stand nicht die Rückbesinnung auf religiöse Vorstellungen, sondern der Kampf um konkrete Klassenforderungen wie z.B. Gewerkschaftsrechte und Arbeiterselbstverwaltung (Erdölarbeiter) und/oder Forderungen nach nationaler Autonomie (z.B. Kurden) im Vordergrund. Deshalb hieß es auch 1979 in der Arpo, daß die Gestalt und der Aufbau des zukünftigen Staates davon abhängen werden, *»wie sich der revolutionäre Prozeß im Iran weiterentwickelt und wie im Rahmen dieses Prozesses die diese revolutionäre Entwicklung tragenden Gruppen ihre politischen Zielsetzungen verändern, weiterentwickeln und durchzusetzen vermögen«* (Arpo 1/1979, S. 14).

[1] vgl. hierzu ausführlich: Jim Paul, »Iran's Peasants and the Revolution: An Introduction«, in MERIP-Reports, Washington D.C., March-April 1982; sowie Eric Hooglund, »Rural Iran and the Clerics«, ebd.

2. Beispiel

Mit den Widersprüchen, Ungleichzeitigkeiten und Beschränkungen der iranischen Revolution halten sich die Verfasser des Artikels indes nicht auf. Hätten sie dies getan, so würden sie wahrscheinlich nicht so leichtfertig den Eindruck erwecken wollen, daß die »Islamische Republik« die nahtlose und zwangsläufige Fortsetzung der iranischen Revolution von 1979 sei. Heute wissen wir, daß sich diejenigen Kräfte der Anti-Schah-Koalition, die über den Sturz der Diktatur hinausgehend eine sozialrevolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft forderten, nicht durchsetzen konnten. Eine übergreifende politische Perspektive zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse ging aus dem Kampf gegen das Pahlevi-Regime nicht hervor.

Die islamische Republik entstand auf der Grundlage dieser »unvollendeten Revolution«. Bekannt ist, daß die Festigung des religiösen Regimes nicht ohne die Unterdrückung sozialrevolutionärer Ansätze in der Bevölkerung möglich war. So wurden Landbesetzungen von der »Iranischen Republik Partei« mit Hilfe der Pasdaran ebenso bekämpft, wie die Autonomiebestrebungen der Kurden oder Ansätze von Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben[2]. Bekannt ist auch, daß die Organisationen der politischen Linken mit oftmals grausamen Methoden zerschlagen wurden. Eine Tatsache ist es schließlich, daß für die Durchsetzung des klerikalen Regimes im Innern Irans der Krieg mit dem Irak eine wesentliche Grundlage war, denn alle diese Maßnahmen konnten mit dem (von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptierten) Argument der nationalen Verteidigungssituation gerechtfertigt werden.

Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen ersparen sich die Verfasser des Artikels mit dem Hinweis auf die Greuelpropaganda der bürgerlichen Presse und »Unverständnis und Verwirrung« in der Linken. Stattdessen wird der seit Anfang der achtziger Jahre betriebenen »Islamisierung« der Gesellschaft das Mäntelchen einer revolutionären Notwendigkeit umgehängt: *»Die Radikalität, mit der im Iran die Islamisierung vorangetrieben wird, entspricht der Tiefe und Schärfe der gesellschaftlichen Widersprüche und sozialen Spannungen, die in Zukunft gelöst werden müssen.«*

Was die »Islamisierung« der Gesellschaft zur Lösung der zukünftigen sozialen Widersprüche und Probleme im Iran beitragen soll, mag das Geheimnis der Verfasser bleiben. Der Klarheit halber sei jedoch darauf hingewiesen, was »Islamisierung« im politischen Alltag Irans heute bedeutet: ein von oben betriebenes Programm der Unterwerfung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens unter religiöse Normen (so z.B. von Justiz und Bildungssystem), die Entfernung von religiös »unzuverlässigen« Elementen aus dem Staatsapparat, die strenge Kontrolle der Einhaltung von religiösen Geboten durch die Bevölkerung, u.a.m.

3. Beispiel

Der Leser fragt sich, wie Kommunisten gegenüber einem nationalreligiösen Regime wie dem Khomeinis zu einer solch unkritischen Haltung kommen können. Dies ist nur möglich, indem die Mostafazin, die verelendeten Massen der iranischen Großstädte, zum Subjekt eines unaufhaltsam voranschreitenden sozialrevolutionären Prozesses hochstilisiert werden: *»Was sich mit dem Sturz des Schah-Regimes im Iran anbahnte, ist der Beginn einer Revolution, die die gesamte islamische Welt verändert. Das Fundament dieser sozialen Revolution bilden die breiten Massen des iranischen Volkes.«*

Wenn hier und an anderer Stelle anstatt von Klassen immer wieder von »Volksmassen« die Rede ist, kann man das nur als unmarxistisch bezeichnen. Es wird so getan, als bestünde die ganze iranische Gesellschaft nur aus einer breiten Masse von Ausgebeuteten, die einer Handvoll von mit dem Imperialismus im Geschäft befindlichen Bourgeois gegenüberstehen. Gemeint sind mit dem Begriff Volksmassen wohl die Mostafazin. Indes verzichten die Verfasser fast gänzlich darauf, sich mit dem Denken und Handeln dieser Massen auseinanderzusetzen. Dies ist um so unverständlicher, als die Rolle der Mostafazin — wie auch die Verfasser immer wieder feststellen — den entscheidenden Punkt zum Verständnis der iranischen Revolution bildet.

Der Artikel beschränkt sich auf die Feststellung, daß wir es nicht mit *»lumpenproletarischen Schichten im Spätkapitalismus, die (gegen Bezahlung) in den Dienst der herrschenden Klassen gegen die Arbeiterklasse treten«*, sondern mit *»Vorläufern des Proletariats«* zu tun haben. Was die Verfasser damit meinen, bleibt unklar. Offenbar haben ihnen bei dieser Begriffskonstruktion auch einige *»westliche Vorstellungen«* vom Proletariat einen Streich gespielt. Richtig ist, daß die ungeheure Zunahme der Verelendung in den Großstädten Irans eine typische Erscheinung der neueren kapitalistischen Entwicklung ist (die wir nicht nur im Iran, sondern in vielen Metropolen der Dritten Welt beobachten können). Das Problem scheint uns aber zu sein, daß diese *»Vorläufer des Proletariats«* unter den heutigen Bedingungen kapitalistischer Entwicklung bis auf weiteres keine »Proletarier« werden können.

Die entrechteten und ausgegrenzten Massen sind die Opfer der imperialistischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, genauer gesagt jener »Internationalisierung« der kapitalistischen Produktion, die in abhängigen Ländern wie dem Iran eine gewisse Industrialisierung zuließ, vor allem aber eine durchgreifende Zerstörung traditioneller Produktionsstrukturen namentlich in der Landwirtschaft nach sich zog. Die Klassenlage dieses neuen Subproletariats ist indes weit entfernt von der des »klassischen« Industrie- und Agrarproletariats in den Ländern der Dritten Welt. Von dem niedrigen Lebensstandard etwa der Industriearbeiterschaft noch weit entfernt stehen sie in keinem direkten Gegensatz zu einem Industrie- oder Agrarkapitalisten, der ihnen das Mehrprodukt ihrer Arbeit vorenthält. Die Produktions- und Lebensverhältnisse in den großstädtischen Slums sind davon geprägt, daß nur die wenigsten Menschen von regelmäßiger kapitalistischer Lohnarbeit leben können, daß große Teile der zugewanderten Bevölkerung stark an ihre früheren ländlichen Lebensverhältnisse gebunden sind und/oder ihren Lebensunterhalt über die »informelle Ökonomie« der Slums als Kleinsthandwerker, -händler oder -unternehmer bestreiten müssen.

Weil das Denken dieser Massen überwiegend noch den ländlichen Lebenszusammenhänge verwachsen oder von der Hoffnung auf deren Wiederherstellung geprägt ist, kann die Religion zum naturwüchsigen Ausdruck ihres Protestes werden[3]. Die radikalen Massenaktionen der iranischen Mostafazin haben gezeigt, daß diese Entrechteten und Verelendeten sehr genau wissen, daß sie Opfer der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit Irans vom Imperialismus sind. Freilich darf dieser radikale Anti-Imperialismus nicht mit revolutionärem Handeln gleichgesetzt werden.

Wir müssen feststellen, daß — soweit wir das beurteilen können — die Massenaktionen in den iranischen Großstädten kaum von Forderungen nach sozialrevolutionären Veränderungen, d.h. nach grundlegenden Umwälzungen der **Produktion** getragen waren. Für die Massen, die aus dem Produktionsprozeß ausgegrenzt sind, können solche Forderungen, wie z.B. Landreform oder Arbeiterselbstverwaltung auch nur abstrakt sein. In der iranischen Revolution spielten solche Perspektiven auch nur eine untergeordnete Rolle, weil die Bauern in der Masse nicht revolutionär gesinnt waren und

[2] vgl. Fred Halliday, »Iran's Revolution: The First Year«, in: MERIP-Reports June 1980; und: Chris Goodey, »Workers' Councils in Iranian Factories«, ebd.

[3] vgl. Paul a.a.O.; Hooglund a.a.O.; sowie: Mary Hooglund, »Religious Ritual and Politics«, MERIP Reports January 1982.

die industrielle Arbeiterklasse nur einen vergleichsweise verschwindenden Teil der ausgebeuteten Bevölkerungsschichten im Iran ausmacht und zudem in sich gespalten war. Hierin liegt die einstweilige historische Schranke der iranischen Revolution von 1979.

4. Beispiel

Der beherrschende Einfluß des islamischen Klerus in der iranischen Revolution beruht im wesentlichen auf dessen Fähigkeit, den Wünschen und Forderungen der Mostafazin Ausdruck verleihen zu können. Die Basis hierfür schufen jene Ulama (etwa: Priesterschulen), die bereits in den siebziger Jahren über die ihnen angehörigen Mullahs soziale Hilfsprogramme für die Massen in den Vorstädten durchführten[4]. Mit ihren Vorstellungen von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit vermochten sie zwar das Vertrauen der Massen zu gewinnen und damit zur beherrschenden Kraft der Anti-Schah-Koalition zu werden. Sie konnten jedoch kaum konkrete Perspektiven einer sozialen Umgestaltung der iranischen Gesellschaft und einer Loslösung vom Imperialismus angeben.

Der Arpo-Artikel liefert ein falsches Bild der heutigen Entwicklung im Iran, wenn der Eindruck erweckt wird, die nach 1979 in Angriff genommenen sozialen Reformaßnahmen seien Bestandteil einer sozialrevolutionären Umgestaltung der iranischen Gesellschaft. Schwammig ist die Rede von *»für iranische Verhältnisse relativ umfangreichen sozialen Reformprogrammen, die den ärmsten Bevölkerungsschichten in den Slums der Großstädte und auf dem Lande zu gute kommen.«*

Festzustellen ist, daß solche sozialen und ökonomischen Reformen weitgehend auf die Slums der Großstädte beschränkt geblieben sind. Diese Sozialreformen zielen nicht auf eine grundlegende Umgestaltung der Produktionsverhältnisse ab. Dem steht gegenüber, daß es für die industrielle Arbeiterklasse und die Landbevölkerung kaum Verbesserungen gegeben hat, daß die Autonomie-Forderungen der Kurden und anderer Minderheiten z.T. gewaltsam abgeblockt wurden, daß Frauenemanzipation im Iran heute mehr denn je ein Fremdwort ist, u.a.m.

Namentlich das wiederholte Scheitern der verschiedenen Anläufe einer Agrarreform — nicht zuletzt Ausdruck der engen traditionellen Bindungen des ländlichen Klerus an die dörflichen Herrscher — zeigt, daß die politische Führung der Islamischen Republik nicht in der Lage ist, grundlegende soziale und ökonomische Umgestaltungen durchzuführen. Ähnliches gilt für den industriellen Sektor. Über die Verstaatlichung einiger wesentlicher Wirtschaftszweige hinausgehend hat es kaum ökonomische Reformen gegeben, die eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit vom kapitalistischen Weltmarkt und eine bessere gesellschaftliche Kontrolle der Produktion ermöglichen würden. Iran ist von der Monokultur des Erdölexports heute genauso abhängig wie früher.

Der Krieg mit dem Irak hat zur Verewigung dieser Abhängigkeit noch zusätzlich beigetragen, denn nur über die Einnahmen des Ölexportes ist es möglich, die Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Von diesen Exportüberschüssen werden u.a. große Summen zur Einfuhr von Lebensmitteln ausgegeben (ca. 4 Mrd. $ allein in 1983)[5]. Mit Hilfe eines leidlich funktionierenden Rationierungssystems (Lebensmittelkarten) gelang es auf diese Weise zwar, die Versorgung vor allem der ärmsten Bevölkerungsschichten in den Städten einigermaßen zu sichern. Um grundlegende Reformmaßnahmen zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion konnte man sich aber herumdrücken.

Folgerungen

Wir haben hier auf einige Schwachstellen des Arpo-Artikels »Iran kontra Imperialismus« hingewiesen, weil wir die in dem Artikel betriebene Überschätzung, ja Mythologisierung, des nationalrevolutionären Prozesses in einem so bedeutenden Land der Dritten Welt wie dem Iran für politisch schädlich halten. Als Fazit unserer kritischen Anmerkungen können wir festhalten, daß die Verfasser des Artikels mit einem falschen Maßstab operieren. Während sie von der Frontstellung Irans gegen den Imperialismus zwangsläufig auf eine soziale Revolution im Innern Irans schließen wollen, halten wir daran fest, daß aus einer nationalen Revolution wie dem Sturz der Schah-Diktatur keineswegs zwangsläufig eine sozialrevolutionäre Entwicklung folgen muß. Die Formel »Islam kontra Imperialismus« führt letztlich dazu, gegenüber einem nationalrevolutionären Regime wie der Islamische Republik Iran einen eigenständigen kommunistischen Standpunkt aufzugeben.

Wir sagen dies, weil wir wissen, daß die Vorstellung, der Anti-Imperialismus der iranischen Mullahs sei der erste Schritt auf dem Weg zur sozialen Revolution im Iran, auch bei weiten Teilen der iranischen Linken (z.B. der Tudeh-Partei oder der Volksfedayin-Mehrheit) zumindest zeitweilig zu einer perspektivlosen Unterstützung des Kohmeini-Regimes beigetragen hat, die ausnahmslos mit der Liquidierung dieser Organisationen und der oft grausamen Verfolgung ihrer Mitglieder endete[6]. Wenn die Arbeiterpolitik Jahre später die soziale Revolution im Iran hochleben läßt (dies z.B. auch noch in Gestalt der Pasdaran), dann ist dies politisch schlicht verantwortungslos.

Wir stimmen mit den Verfassern des Artikels darin überein, daß es uns nicht darum gehen kann (wie einem Teil der Linken, die sich heute noch für den Iran interessieren), aufgrund der religiösen Formen, die die Entwicklung im Iran heute prägen, in eine allgemeine moralische Verdammung des Iran einzustimmen. Wenn wir die islamische Republik als nationalrevolutionäres Regime bezeichnen, liegt es für uns auf der Hand, daß wir die Verteidigung nationalrevolutionärer Errungenschaften durch die islamische Republik ebenso unterstützen, wie wir deren reaktionäre Züge kritisieren.

Die ungeheuren Opfer, die die iranischen Arbeiter, Bauern und Mostafazin durch den Krieg mit dem Irak ertragen müssen, sind nicht das Machwerk entfesselter finsterer religiöser Mächte. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind letztlich die internationalen Kräfteverhältnisse, die eine selbstbestimmte ökonomische und soziale Entwicklung der iranischen Werktätigen nicht zulassen. Als Erbe der nationalen Revolution von 1979 muß das Mullah-Regime immer wieder seine Massenbasis mobilisieren und kann es auch. Die Methoden, mit denen dies geschieht sind oftmals reaktionär, vor allem aber ungeheuer opferreich für die Masse der Bevölkerung. Mit »revolutionärer Kriegsführung« hat dies nichts zu tun.

Daß ein solcher Krieg trotz der nach wie vor vorhandenen nationalrevolutionären Massenbasis auf Dauer nicht durchzuhalten ist, zeigt die nunmehr erklärte weitgehende Bereitschaft der iranischen Führung zu einem Waffenstillstand mit dem Irak. Sollte dieser tatsächlich zu einer dauerhaften Beendigung des Krieges führen, so scheint es jetzt schon absehbar, daß die ungelösten inneren sozialen Widersprüche der iranischen Gesellschaft verstärkt auf die Tagesordnung kommen werden. Ob dies den *»Boden bereitet, auf dem sich proletarisch revolutionäre Kräfte entfalten können«*, bleibt abzuwarten, scheint aber nicht ausgeschlossen. In diesem Sinne jedenfalls sollten wir die weitere Entwicklung im Iran genau verfolgen.

B., Hlt./Ffm, T./Bb, BN. September '88 ●

---

[4] ebd.; sowie: Ervand Abrahamian, »Ali Shari'ati: Ideologue of the Iranian Revolution«, MERIP Reports, January 1983.

[5] E. Hooglund, »The Gulf War and the Islamic Republik«, MERIP-Reports, July-September 1984; sowie »Wirtschaftswoche« vom 17.6.88

[6] Val Moghadam, »Socialism or Anti-Imperialism? The Left and Revolution in Iran«, in: New Left Review, 1988.